

WAHLPRÜFSTEINE – ZUR LANDTAGSWAHL 2022

UNSERE ANTWORTEN FÜR DEN NIEDERSÄCHSISCHEN BEAMTENBUND UND TARIFUNION

- 1. Nach Berechnungen des NBB benötigen wir kurzfristig etwa 45.000 zusätzliche Beschäftigte, um das aktuelle Personaldelta auszugleichen und den öffentlichen Dienst in Niedersachsen zukunftsfähig für die folgenden Jahrzehnte auszustatten. Wie bewerten Sie diese aktuelle Situation und wie sehen Ihre eigenen Überlegungen aus, diese Problemlage zu lösen?**

Die SPD Niedersachsen setzt sich auch weiterhin für einen starken und handlungsfähigen Staat ein. Insbesondere während der Coronakrise hat sich gezeigt, dass sich die Menschen in unserem Land auf ihre öffentliche Verwaltung, auf das Gesundheitswesen, die Polizei, den Katastrophenschutzbehörden, den Erzieherinnen und Erziehern und vielen mehr verlassen können. Wir wollen weiterhin einen starken öffentlichen Dienst in Niedersachsen, und zwar mit Tarifbeschäftigten und Berufsbeamtentum. Für uns stellt der öffentliche Dienst einen entscheidenden Standortfaktor dar, der maßgeblich zur Attraktivität unseres Bundeslandes beiträgt. Krisen wie die COVID-19-Pandemie oder die Auswirkungen des Ukrainekrieges auf unsere Gesellschaft werden wir nur durch einen handlungs- und funktionsfähigen öffentlichen Sektor bewältigen können. Die Lehre für die Zukunft liegt für uns daher nicht wie bei anderen Parteien in der Ökonomisierung der öffentlichen Verwaltung, sondern in einer Stärkung und Immunisierung der öffentlichen Hand.

Hierbei ist uns für eine zukunftsfeste und moderne Landesverwaltung die Gewinnung von Nachwuchskräften besonders wichtig. Die durch das Innenministerium initiierte Kampagne „ARBEITGEBER NIEDERSACHSEN – SICHER!“ stärkt hierbei die Sichtbarkeit unserer Landesverwaltung gegenüber anderen Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. In den vergangenen Jahren haben wir die Einstellungszahlen für Nachwuchskräfte kontinuierlich erhöht. So wurde u.a. der Studiengang Verwaltungsinformatik neu eingerichtet und über 1.600 zusätzliche Stellen im Bereich der Polizei im Landeshaushalt implementiert.

Bis zum Ende des Jahrzehntes werden rund 25 Prozent aller Landesbediensteten (ca. 51.000) altersbedingt ausscheiden. Allein diese Zahl verdeutlicht, im Wettbewerb um den immer kleiner werdenden Personenkreis potenzieller Nachwuchskräfte, die Bedeutung einer Attraktivitätssteigerung der öffentlichen Verwaltung. Als SPD werden wir weiterhin Maßnahmen im Einklang unserer Haushaltslage ergreifen, um den öffentlichen Dienst in

Niedersachsen noch attraktiver zu halten. Neben finanzielle Anreize, sind für uns eine gute Ausbildung, kontinuierliche Weiterbildungsangebote, attraktive und flexible Arbeitsplätze sowie betrieblicher Gesundheitsschutz und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wichtige Faktoren. Beispielhaft lässt sich die Weiterentwicklung des Dienstunfallschutzes oder die perspektivische Öffnung der gesetzlichen Krankenversicherung für Beamtinnen und Beamte in den nächsten Jahren nennen.

2. ...Wir stellen fest, dass konkurrierende Arbeitgeber durch bessere Angebote, Arbeitszeitmodelle und Perspektivchancen zunehmend mit besseren Voraussetzungen den Wettbewerb um junge Menschen für sich entscheiden. Wie schätzen Sie diese Fragestellungen ein und mit welchen Entscheidungen sollte diesen Entwicklungen begegnet werden?

Wir brauchen einen starken öffentlichen Dienst, damit die Menschen auch in Zukunft auf eine starke behördliche Struktur und moderne Verwaltungen in Niedersachsen vertrauen können. „Gute Arbeit“ ist uns im öffentlichen Dienst besonders wichtig. Dazu gehören weitere attraktivitätssteigernde Elemente, um insbesondere Ingenieurinnen und Ingenieure im technischen Landesdienst zu halten oder sie zurückzugewinnen. Die eigene Fachkräfteausbildung werden wir weiter stärken, insbesondere im Bereich IT für die Verwaltung; wir werden die Fort- und Weiterbildungsangebote für Beamte und Angestellte ausbauen, um so auch noch bessere Aufstiegsmöglichkeiten zu schaffen. Durch eine Investitionsoffensive werden wir zukunftsfähige Arbeitsplätze und ein modernes Arbeitsumfeld schaffen. Hierzu sind erhebliche Investitionen in die landeseigenen Gebäude erforderlich. Um dies zu realisieren, benötigen wir eine moderne Liegenschaftsverwaltung, damit die erforderlichen Investitionen zügig realisiert werden können. Im Bereich der Polizei wollen wir u.a. ein eigenes 300 Millionen starkes Investitionsprogramm zur Sanierung von Liegenschaften auf den Weg bringen.

Das Personalvertretungsrecht werden wir modernisieren und sinnvolle, im Rahmen der Pandemie-Lage eingeführte Vereinfachungen beibehalten und ausbauen. Mobile Arbeit und Homeoffice haben durch die Corona-Krise einen deutlichen Schub erfahren. Wir werden uns weiterhin für flexiblere und familienfreundliche Arbeitsmodelle in der öffentlichen Verwaltung einsetzen. Wir werden Fahrradleasing und Jobtickets für unsere Beschäftigten im öffentlichen Dienst ermöglichen. Damit soll der Umstieg vom Pkw auf das Fahrrad oder die öffentlichen Verkehrsmittel für den Weg zur Arbeit noch attraktiver gemacht werden.

Wir stehen auch in der nächsten Legislaturperiode für eine gute Bezahlung im öffentlichen Dienst und werden dessen Attraktivität weiter hervorheben und steigern. Dabei ist uns eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Personalvertretungen des Landes und den Gewerkschaften sehr wichtig.

Eine zukunftsweisende und attraktive Verwaltung zeichnet sich auch durch gute Weiterbildungsangebote aus. Wir werden uns daher für einen Rechtsanspruch auf Bildungszeit von jährlich bis zu fünf Tagen für Beamte, analog ihren Kollegen im Tarifbereich, einsetzen.

3. Wie schätzen Sie die Möglichkeiten zur Umsetzung einer verfassungsgemäßen Alimentation der Beamtenbesoldung ein? Wie wollen Sie zukünftig die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur verfassungsgemäßen Alimentation in Niedersachsen umsetzen?

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag setzt sich aktuell mit dem sog. Niedersächsischen Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2022 (Drs. 18/11499) einer Erhöhung der Besoldung auseinander. Aller Voraussicht nach noch im September werden die wirkungsgleiche Übernahme des Tarifiergebnisses für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) sowie weitere finanzielle Verbesserungen aufgrund verfassungsrechtlicher Vorgaben im Landtag beschlossen werden. Mit Hilfe des Gesetzespakets sollen die Ergebnisse der jüngsten Tarifeinigung für die Beschäftigten der Länder auch auf die niedersächsische Beamtenschaft übertragen werden. Vorgeschlagen wird die Anhebung der Bezüge der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger um 2,8 Prozent zum 1. Dezember 2022. Die Anwärterbezüge würden zeitgleich um einen Festbetrag von 50,00 Euro ansteigen. Aber, was Ihre Frage konkret beantwortet, ist die Umsetzung des Gesetzes zur amtsangemessenen Alimentation, das ebenfalls im September-Plenum verabschiedet werden soll. Hier hat Niedersachsen im Vorgriff auf die Ausgestaltung des landesspezifischen Urteils des Bundesverfassungsgerichts bereits einen Entwurf vorgelegt. Das Gesetz sieht die seit Jahren erwartete Anhebung der Alimentation der Beamtinnen und Beamten auf ein angemessenes und verfassungsgemäßes Maß vor. Dies betrifft zum einen die Vorgaben zum erforderlichen Mindestabstand der Besoldung zum Grundsicherungsniveau und zum anderen die Alimentation von Beamtenfamilien mit Kindern. Hierzu gehören neben der Anhebung der jährlichen Sonderzahlung für die Besoldungsgruppen bis A 8 auf 1.200 Euro, ab A9 auf 500 Euro und für die Anwärterinnen und Anwärter auf 250 Euro, ergänzende Familienzuschläge sowie die Streichung der ersten Erfahrungsstufe in den Besoldungsgruppen A5 bis A7. Als SPD begrüßen wir die Anpassung der Besoldung und der Versorgungsbezüge ausdrücklich. Dass das Land hierfür jährlich mehr als 300 Millionen Euro aufwenden wird, zeigt die hohe Bedeutung der beiden Gesetzesanpassungen.

4. Mit welchen Handlungsschritten planen Sie die niedersächsische Verwaltung digital und zukunftssicher aufzustellen?

Der Weg für die Landesverwaltung ist für uns klar: Wir brauchen eine moderne, digitale und sichere Verwaltung, denn nur so lassen sich die vielfältigen Aufgaben, die das Land zu erfüllen hat, schnell und effizient umsetzen. Rund 250 Mio. Euro aus dem Sondervermögen Digitalisierung wurden für Maßnahmen in diesem Bereich bereitgestellt. Für die konkrete Umsetzung wurden der Handlungsplan und das Programm Digitale Verwaltung in Niedersachsen (DVN) beschlossen. Das Programm DVN hat inzwischen viele Zwischenziele erreicht. Ein landesweit einsetzbares eAkte-System wurde eingeführt. Zudem hat der Landtag im Oktober 2019 das Niedersächsische Gesetz über digitale Verwaltung und Informationssicherheit (NDIG) verabschiedet.

Im Rahmen der Umsetzung des OZGs bietet Niedersachsen mit dem Niedersächsischen Antragssystem für Verwaltungsleistungen Online (NAVO) einen ersten Grundstock an Dienstleistungen, die für die erfolgreiche Verwaltungsdigitalisierung in den Kommunen genutzt werden können.

Wir setzen uns für eine bürgernahe und effiziente öffentliche Verwaltung ein, die das Leben der Menschen erleichtert und den konkreten Nutzen der Digitalisierung verdeutlicht. Darüber hinaus werden wir die digitale Infrastruktur so ausbauen, dass jede Bürgerin und jeder Bürger problemlos Zugang zu den Online-Leistungen der Verwaltung hat.

Bürgerinnen und Bürger, auch solche mit geringerer Digitalkompetenz, sollen durch niedrigschwellige Fortbildungsangebote und Digitallotsen bei der Teilhabe an den neuen Technologien unterstützt und für Gefahren durch Cyberangriffe sensibilisiert werden.

Durch die Bereitstellung von zentralen IT-Infrastrukturen und einheitlichen Standards werden wir die Kommunen in die Lage versetzen, den Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen Online-Dienste anzubieten. Zur Beschleunigung von Planungsprozessen und zur besseren behördenübergreifenden Zusammenarbeit werden wir digitale Plattformen schaffen. Wir benötigen eine digital kompetente und schlagkräftige Verwaltung. Wir werden daher die Ausbildungs- und Studienangebote im IT-Bereich ausbauen und optimale Arbeitsbedingungen schaffen, um so die Attraktivität des Landes als Arbeitgeber weiter zu erhöhen.

Die IT-Kompetenzen innerhalb der Landesverwaltung werden wir noch stärker bündeln. Damit wird die IT-Verwaltung noch effektiver und effizienter.

Wir hoffen Ihnen und den Mitgliedern des Niedersächsischen Beamtenbundes mit unseren Antworten eine bessere Orientierung zu unseren Positionen anlässlich der Landtagswahl am 09. Oktober gegeben zu haben. Wir freuen uns auch weiterhin auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Ihnen und Ihrer Gewerkschaft.

